



**Liebe Wandsbekerinnen,
liebe Wandsbeker,**

mit unserem Infobrief bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich über unsere Arbeit zu informieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass Bürgernähe, Transparenz und Kenntnis der Themen vor Ort das politische Handeln in unserem Bezirk bestimmen.

Wandsbek soll liebenswerter und interessanter werden. Mit neuen Beteiligungsformen wollen wir Wandsbek gemeinsam mit Ihnen weiterentwickeln. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen!

Ihre Anja Quast
(Fraktionsvorsitzende)

BEZIRKSVERSAMMLUNG AM 29. MÄRZ


Am 29. März findet die nächste Sitzung der Bezirksversammlung Wandsbek im Bürgersaal statt. Zur aktuellen Stunde debattieren wir das von der CDU angemeldete Thema "Das Rezept für einen ausgeglichenen Haushalt: Geben und nehmen zugleich".

Zur Debatte ist gemeinsam mit der GAL der folgende Antrag angemeldet: **Entwicklung von Leitzielen zur Erstellung eines interkulturellen Gesamtkonzeptes für den Bezirk Wandsbek.** Ebenfalls gemeinsam mit der GAL werden wir zum Tagesordnungspunkt 3.4 einen Antrag **Steilshoop. Viel erreicht. Viel zu tun** in die Debatte einbringen.

Zur Entschärfung der Verkehrssituation an einem vielbefahrenen Knotenpunkt des Bezirkes haben wir

haben einen Antrag erarbeitet, der empfiehlt, die **Kreuzung Meiendorfer Weg/Nordlandweg/Spitzbergenweg zeitnah zum Kreisverkehrsplatz umzubauen.**

Interfraktionell haben wir zwei weitere Anträge in die Beratungen der Bezirksversammlung eingebracht:

- **Schaffung eines Erinnerungsortes für die Opfer der Wehrmachtsjustiz in Hamburg**
- **Gemeinsame Strategie zur Verstetigung der Projekte nach Auslaufen von RISE entwickeln.** 

www.spdfraktion-wandsbek.de
Buero@spdfraktion-wandsbek.de

Impressum:
SPD Fraktion in der Bezirksversammlung
Wandsbek, Schloßstraße 12, 22041 Hamburg
V.i.S.d.P. Ulrike Nickel

ENTWICKLUNG VON LEITZIELEN UND ERSTELLUNG EINES INTERKULTURELLEN GESAMTKONZEPTES

Die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund im Bezirk Wandsbek ist in den letzten Jahren auf 25 Prozent angestiegen. In Stadtteilen wie Jenfeld, Hohenhorst oder Steilshoop liegt die Quote bei bis zu 50 Prozent.

Das interkulturelle Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund stellt ein komplexes Handlungsfeld dar und sollte als Querschnittsaufgabe aller Politik- und Gesellschaftsbereiche verstanden werden.

Die Errichtung eines Integrationsbeirates Wandsbek war ein wichtiges Signal. Der Beirat konnte in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits wichtige Akzente setzen.

Die gesellschaftlichen Herausforderungen des interkulturellen Zusammenlebens erstrecken sich auf weitere Aufgabenfelder, z.B.:

- Integration in Arbeit und Ausbildung
- Förderung von Mädchen und Frauen sowie Stärkung der Familien
- Förderung von Migrantenselbstorganisationen und Beratungs-

einrichtungen

- Förderung des gesellschaftlichen Dialogs und der Partizipation von Migrant/innen
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- Integrationspolitik in der kommunalen Personalwirtschaft
- Integration von Senior/innen mit Migrationshintergrund

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, ist die Entwicklung von Leitzielen und die Erstellung eines verbindlichen Gesamtkonzeptes für den Bezirk Wandsbek unerlässlich.

SCHAFFUNG EINES ERINNERUNGORTS FÜR DIE OPFER DER WEHRMACHTSJUSTIZ IN HAMBURG

Es gibt in Hamburg eine vielfältige Erinnerungskultur, in der auch die Opfer der NS-Militärjustiz einen würdigen und dauerhaften Ort einnehmen sollten.

Am früheren Erschießungsplatz Höltigbaum erinnert seit 2003 eine Tafel an die dort Hingerichteten. Dies ist bis heute mit Ausnahme einzelner

„Stolpersteine“ die einzige sichtbare Erinnerung an das Schicksal der Opfer der Wehrmachtsjustiz in Hamburg.

Vor diesem Hintergrund sprechen sich die Fraktionen von SPD und GAL dafür aus, dass die Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz einen würdigen Platz in der Gedenkkultur

der Freien und Hansestadt Hamburg erhält. Die zuständige Fachbehörde, wird gebeten, sich auf der Senats-ebene dafür einzusetzen, dass eine dauerhafte Form des Erinnerns an die zum Tode verurteilten Wehrmachts-deserteure und sog. Wehrkraft-zersetzer in Hamburg auf den Weg gebracht wird. *w*

EINE „EIGENE“ BUSHALTESTELLE FÜR DIE OTTO-HAHN-SCHULE

Die Otto-Hahn-Schule in Jenfeld erhält eine „eigene“ Bushaltestelle direkt vor der Tür. Wie der HVV nun mitteilte, wird auch dem Wunsch von Eltern und Kommunalpolitik entsprochen, die Haltestelle nach der Schule zu benennen.

Wir freuen uns, dass der Wunsch des Elternrates berücksichtigt wurde und die neue Haltestelle „Otto-Hahn-Schule Jenfeld“ heißen wird. Die Schule und der Elternrat setzen sich

schon lange für eine bessere Bus-Anbindung für ihre Schülerinnen und Schüler ein, da ist es nur folgerichtig, dass die Haltestelle nun auch den Schulnamen tragen wird.

Bislang müssen die Schülerinnen und Schüler, die mit dem Bus anreisen teilweise erhebliche Fußwege zu den umliegenden Haltestellen zurücklegen. Mit der Erschließung des Wohngebiets „Jenfelder Au“ gegenüber der Schule wird nun direkt vor

dem Eingang der Schule eine neue Haltestelle entstehen.

Dies ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Institutionen mit der Kommunalpolitik. *w*

Lars Kocherscheid-Dahm
Fachsprecher für Verkehr
Regionalsprecher
Rahlstedt



STEILSHOOP. VIEL ERREICHT. VIEL ZU TUN

Steilshoop ist ein lebens- und liebenswerter Stadtteil. Mit seiner Ringstruktur und einem hohen Anteil an Grünflächen, der Nähe zum Bramfelder See und zum Appelhoffweiher ist der Stadtteil für seine Bewohnerinnen und Bewohner attraktiv.

Die Situation im Stadtteil Steilshoop ist trotzdem angespannt. Die Beschäftigtenquote ist mit 48,4% trotz Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt immer noch zu niedrig, die Anzahl von Transferleistungsbeziehern mit 22,5% ist knapp drei Mal so hoch wie im Hamburger Durchschnitt. Aufgrund der Sozialstruktur des Stadtteils sind Anlaufpunkte wie „Das Café“ und das JETZT für den Stadtteil unverzichtbar.

Die Bezirksversammlung hat sich mehrfach solidarisch mit dem Stadtteil gezeigt und beispielsweise einstimmig den Antrag „Solidarität

mit Steilshoop“ verabschiedet und die zuständige Fachbehörde gebeten, möglichst viele Projekte im Stadtteil zu erhalten und diese perspektivisch in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.

Dieser Einsatz hat sich ausgezahlt: im Rahmen des Überbrückungsfonds „Bezirkliche Stadtteilarbeit“ und im Rahmen der stadtweit 500 zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten konnten wichtige Projekte im Stadtteil erhalten bleiben und die Kürzungen der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung abgemildert werden.

Die Forderungen der Steilshooper Gremien nach einer langfristigen Sicherung der sozialen Infrastruktur sind berechtigt. Allerdings müssen diese in Einklang mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts und den

Herausforderungen der im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ gebracht werden.

Der Bezirksamtsleiter wird deshalb gebeten, sich in engem Kontakt mit den Steilshooper Gremien bei den zuständigen Fachbehörden dafür einzusetzen, dass der von der Bezirksversammlung verabschiedete Entwurf des Integrierten Entwicklungskonzeptes zügig umgesetzt sowie durch begleitende Maßnahmen die Integration von jungen Menschen, Migranten und Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vorangetrieben wird. *w*

Carsten Heeder
Fachsprecher für
Migration + Integration,
Regionalsprecher
Bramfeld

